

HAMBURG/DEN 4. FEBRUAR 1921

# WIRTSCHAFTSDIENST

## DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV  
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO  
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5  
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 5

### Der Stand der Entschädigungsfrage

Es ist in dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht mit Sicherheit zu erkennen, welchen Charakter die Vorschläge tragen, die der Oberste Rat, bestehend aus den fünf Vertretern Belgiens, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans, der Reichsregierung in der Entschädigungsfrage übermittelt hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie den Text eines Abkommens darstellen sollen, über das zwar verhandelt werden soll, das aber nach der Ansicht des Obersten Rates mit geringen Modifikationen angenommen werden muß, wenn nicht die Entente ihre Handlungsfreiheit wieder erhalten soll. Es ist nicht unseres Amtes zu entscheiden, ob die offene Herrschaft der Willkür einem scheinhaften Zustand des Rechtes vorzuziehen ist. Wenn es erlaubt ist, an dieser Stelle einen Wunsch zu äußern, so möchten wir indessen wünschen, daß die deutsche Regierung sich ein Beispiel an den diplomatischen Noten Tschitscherins nähme und mit eisiger Ironie die Verbündeten zu dem ungewöhnlichen Maß ökonomischer Vernunft beglückwünschte, das ihnen zu glauben erlaubt, man könne Zahlungsleistungen eines Staates von dem Aggregatzustand des Deutschen Reiches bis zum Jahr 1963 festlegen, und man könne die Tributfähigkeit eines Landes im gleichen Maße steigern, in dem man seinem Außenhandel Fesseln anlegt. Es könnte hinzugefügt werden, daß es zwar den internationalen Bräuchen nicht entspräche, sich in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates zu mischen; daß aber Deutschland unmöglich für die Irrtümer verantwortlich gemacht werden könne; denen sich die Minister der gegnerischen Staaten infolge einer völligen Unkenntnis der elementarsten wirtschaftlichen Gesetze hingegeben in der Lage sind. Und wenn es sich das Auswärtige Amt versagen muß, so dürfen wohl wir hinzufügen: Solange Herr Doumer Finanzminister Frankreichs ist, der Deutschland einer Ausfuhr von 17 Goldmilliarden fähig glaubt (bei einer Einfuhr von 5 Goldmilliarden) — werden die größten Entschädigungszahlungen nicht ausreichen, Frankreich vor dem Ruin zu bewahren. Wir haben uns schließlich zwar zur Zahlung von solchen Schäden verpflichtet, die feindlichen Zivilpersonen durch die Kriegereignisse zugefügt worden sind. Wenn aber Minister aus diesem Anlaß zu Narren werden, so wird auch die extensivste Interpretation der Lansing-Note die daraus entstehenden Schäden nicht in die Entschädigungspflicht einbeziehen wollen. Keine internationale Höflichkeit kann uns aber von der Pflicht entbinden, mit gelassener Kühle festzustellen, daß Herr Doumer ein Narr ist.

Es wird berichtet, ein englischer Teilnehmer an der Pariser Konferenz des Obersten Rates habe die Beratungen, die in den ersten Tagen das Bild einer beispiellosen Verworrenheit boten, mit einem neuen Turmbau zu Babel verglichen. Er meinte gewiß die Sprachverwirrung: nicht nur die Delegierten der verbündet genannten Länder verstanden sich nicht und stritten gegeneinander, ohne ihr Ziel zu treffen; auch innerhalb der einzelnen Delegationen wurden die tollsten Meinungsverschiedenheiten vertreten, — der französische Finanzminister sprach gegen die Politik des französischen Ministerpräsidenten, und Lloyd George desavouierte sofort sein eigenes Foreign Office, das der deutschen Regierung in einem amtlichen Schritt das Beschreiten eines Weges empfohlen hatte, den Lloyd George auf Grund des Boulogner Abkommens für ungangbar erklärte. Daß ein solches Abkommen existierte, war den meisten Teilnehmern der Konferenz durchaus neu, und so soll Briand erklärt haben, er hätte die Regierungsbildung nicht übernommen, wenn er geahnt hätte, daß die Ergebnisse der Besprechungen in Boulogne die Kraft eines Abkommens haben sollten. . . . Es zeigt sich auch hier, was schon im Innern jedes Landes beobachtet werden kann: daß auch die wichtigsten Geschäfte eines Landes zu umfangreich und vielspältig geworden sind, um noch der Beherrschung durch einen unserer zeitgenössischen Staatsmänner fähig zu sein.

Daß dieses Chaos sich noch einmal — auf wie lange? — hat scheinbar ordnen lassen, verdankt die Entente der alten Methode mechanischer Addition widerstreitender Forderungen, die bereits an den Versailler Conditions de Paix zu bemerken war. Hiermit scheint die Sprachverwirrung für den Augenblick geschlichtet. Aber es tritt nun ein anderer Zug um so schärfer hervor, der das Werk der Verbündeten in der Tat zu einem neuen Turmbau zu Babel macht. Den alten Turm bauten die Völker, um sich gegen die Zerstreuung in alle Lande zu schützen — und wurden dann wegen dieses Turmbaus in alle Lande zerstreut. Der neue Turm soll die Länder der Entente vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Verfall bewahren — und wird auch ihnen dreifach schwerere Wunden schlagen. Man will dem Ruin entgehen und stürzt ins Chaos.

Zwei Möglichkeiten stehen offen. Wenn es Deutschland gelingen soll, die absurden Lasten auch nur zur Hälfte, auch nur zu einem Drittel der „Vorschläge“ zu fragen, so wird es seine Ausfuhr mit einer solchen Vehemenz auf die Märkte der

Welt werfen müssen, daß die Industrie des Auslandes in dauernder Sorge vor der Überflutung ihrer Absatzmärkte mit den Erzeugnissen deutscher Fronarbeit leben muß. Deutschland wird sein Preisniveau unter dem des Weltmarkts halten müssen — ebenso sehr zum Schaden des ausländischen Handels wie der ausländischen Industrie. Es wird die Produktion in einem bisher beispiellosen Grade intensivieren müssen und wird dadurch auch das Ausland zu ähnlichen Anstrengungen mit eiserner Unabwendbarkeit zwingen. Wenn es die Welt den Deutschen vor dem Kriege nicht verziehen hat, daß sie die Arbeit über alle früher gültigen Normen angespannt und so die Menschheit „zum zweiten Mal aus dem Paradies vertrieben“ hatten, so wird jetzt dieser Fluch sich mit potenziertem Gewicht auf die erschöpften Völker Europas senken.

Versagt aber die deutsche Wirtschaft vor dieser ungeheuerlichen Aufgabe, treten die Strafsanktionen in Kraft, wird durch Eingriffe von außen der Staat noch mehr gelähmt, noch stärker gefesselt und endlich zum Zerfall gebracht — so wird die deutsche Tributfähigkeit nur immer weiter vermindert, und die Zerrüttung des staatlich-wirtschaftlichen Gefüges, nicht nur von Mitteleuropa, ist besiegelt. Lenin hat eine Chance mehr.

Hütet euch, gegen den Wind zu speien, sagt die Schrift.

\*

Gibt es aus einer in jedem Betracht so verzweifelten Lage einen Weg ins Freie? Gleicht nicht vielleicht auch dieser verworrene Knoten dem gordischen? Es wäre vermessen, den Glauben zu hegen, daß man mit einem Gedanken ein Schicksal wenden könnte, das doch durch Maßnahmen und Ratschläge nicht zu bannen ist. Doch wird man nicht ablassen dürfen, das, was man sieht, zu sagen und wieder zu sagen, bis einmal die Stunde kommt, wo das Gesprochene gehört und das Gesehene gesehen wird.

Das Kennzeichen der Lage aber ist, daß das Urteil nicht durch Gesehenes, sondern durch Erhofftes und Gefürchtetes bestimmt wird, so daß bald keine Meinung mehr im Umlauf ist, der nicht aus dem Bodensatz einer zerbröckelnden Illusion beigemischt wäre. Ausgehend von dem unbestreitbaren Gedanken, daß der Erreger der europäischen Friedlosigkeit in der unerträglichen Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu suchen ist, daß die Heilung des Kontinents eine Verringerung dieser Spannung voraussetzt, und daß die beiden Länder in gemeinsamem wirtschaftlichen Interessensensatz zu England stehen: folgern die einen, das Problem sei auf dem Wege einer deutsch-französischen Wirtschaftseinheit, unter Ausschluß der nicht-kontinentalen Mächte, zu lösen. Sie haben noch den Beweis zu erbringen, daß die großen Industriekapitalmächte, die in Frankreich einer solchen Lösung geneigt scheinen, auch imstande sein werden, die parlamentarische Politik der Regierung vor beständigen Rückfällen in die Richtung zu bewahren, die durch die Namen Clémenceau, Foch und Poincaré bezeichnet wird und die in der Einstellung auf Landerwerb und strategische Sicherungen den Weg zu den noch unerreichten Kriegszielen Frankreichs sieht. Auf dieser, immer wieder gemachten Erfahrung fußend, behaupten die anderen, nur die Anlehnung an die englische Politik könne das Reich vor dem Äußersten bewahren: Englands Kriegsziele seien erreicht, Kolonien, Schifffahrt und Auslandsniederlagen der Deutschen zerstört, eine Bedrohung des britischen Imperiums von dieser Seite nicht mehr zu fürchten. Nun müsse England bedenken, daß eine allzu gründliche Zerstörung der staatlichen und wirtschaftlichen Macht des Deutschen Reiches das europäische Gleichgewicht endgültig zugunsten Frankreichs auf-

hebe — und daß der nicht mehr in Europa in Schach gehaltene Rivale mit größerer Energie in Zukunft ungemessene Ansprüche im Orient erheben werde. Der Ausgang der Pariser Konferenz indessen zeigt, welche Belastungen England für verträglich mit dieser Politik hält, die ihm sowohl das politische wie das wirtschaftliche Eigeninteresse diktieren sollte.

Nun gehört überhaupt ein hohes Maß von Wirklichkeitsfremdheit und geschichtlicher Unkenntnis dazu, eine einseitige Anlehnung an eine der großen Mächte in der gegenwärtigen Lage als politische Universalmethode für möglich zu halten. Die Verzahnung der französischen in die englischen Interessen ist trotz aller bestehenden Gegensätze groß genug, um jeden Versuch, die einen gegen die andern ausspielen zu wollen, von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. Dennoch bleibt der Ausgleich der französisch-deutschen Spannung (ist es wirklich nötig zu sagen, daß es sich bei einem solchen Ausgleich nicht um eine Ausdehnung, sondern um eine Einschränkung der Frankreich aus dem Friedensvertrag zustehenden Rechte handelt?) das wichtigste Ziel, die englisch-französische Rivalität der wichtigste Hebel der europäischen Politik. Entscheidend ist aber die Tatsache, daß dieser Hebel jenem Ausgleich solange nicht dienstbar gemacht werden kann, ehe nicht eine gemeinsame europäische Angelegenheit geordnet ist, die den Bestand der Weltwirtschaft stärker bedroht als alle Bestimmungen des Papiers von Versailles. Der Punkt, an dem jener Hebel allein bewegt werden kann, liegt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Über dem Reden von Inflation und Defizit, Zahlungsbilanz und Wiederaufbau wird in Europa ein Faktor vergessen, der wie ein Alb auf den Ländern der Entente liegt und alle ihre Beschlüsse lähmend bestimmt: nicht Deutschland, nicht Rußland, sondern die Last der 40—45 Milliarden Goldmark, die die Länder der Entente ihrem amerikanischen Verbündeten schulden.<sup>1)</sup> Man spricht nicht gern davon, da es die Forderung eines Verbündeten ist und weil sowohl England wie Frankreich ähnliche Forderungen, wenn auch in geringerem Umfang, gegen andere Verbündete haben, die sie weder eintreiben, noch fallen lassen können, solange ihre Verschuldung an die Vereinigten Staaten fortbesteht. In England hat Keynes seine Stimme erhoben, in Frankreich scheint es außer Caillaux und einigen radikalen Kritikern niemand zu wagen.

Frankreich schuldet über eine Milliarde Goldpfund, gleich 26 Milliarden Goldfranken, nach den Kursen der letzten Monate gleich 50—60 Milliarden Papierfranken, an England und an die Vereinigten Staaten: „Das siegreiche Frankreich muß seinen Freunden und Verbündeten mehr als viermal so viel zahlen als die Entschädigung betrug, die es nach der Niederlage von 1870 an Deutschland zu zahlen hatte. Die Hand Bismarcks war leicht, verglichen mit der eines Verbündeten oder Assoziierten.“ (Keynes.) Noch grotesker ist es zu sehen, daß Italien, mit seinen sehr viel geringeren Wirtschaftskräften, jetzt mit einer Auslandsschuld, hauptsächlich an die Regierungen der Vereinigten Staaten und von England, in Höhe von

1) Anleihen, gewährt an	durch Ver. Staaten £	durch England £	durch Frankreich £	Zusammen £
England .....	842 000 000	—	—	842 000 000
Frankreich .....	550 000 000	508 000 000	—	1 058 000 000
Italien .....	325 000 000	467 000 000	35 000 000	827 000 000
Rußland .....	38 000 000	568 000 000	160 000 000	766 000 000
Belgien .....	80 000 000	98 000 000	90 000 000	268 000 000
Serbien und Jugoslawien .....	20 000 000	20 000 000	20 000 000	60 000 000
Andere Verbündete .....	35 000 000	79 000 000	50 000 000	164 000 000
Zusammen .....	1 900 000 000	1 740 000 000	355 000 000	3 995 000 000

Die Zahlen sind nach der Münzparität aus Dollars und Franken in Pfund Sterling umgerechnet. Keynes: „The Economic Consequences of the Peace“, S. 254.

827 Mill. Goldpfund aus dem Krieg hervorgeht: über achtzig Milliarden Papierlire. . . Wie kann man hoffen, die Entschädigungsfrage aus dem Versailler Vertrag jemals vernünftig regeln zu können, solange diese absurden Forderungen der angelsächsischen Staaten gegen ihre ärmeren Verbündeten in dem Krieg für die angebliche Sache der Menschheit fortbestehen?

Der Gang der Beratungen in Paris hat deutlich gezeigt, daß hier in der Tat der Herd der Ratlosigkeit und Verwirrung liegt, mit der Europa geschlagen ist. Als wir in der „Daily News“ vom 26. Januar lasen, England hielte eine Pauschalsumme von 100 Milliarden Goldmark für angemessen: nach dem vereinbarten Verteilungsschlüssel würde ihm ein Anteil von 22 %, gleich etwa einer Milliarde £ Gold zukommen: „ein Gottesgeschenk, das gerade hinreichen würde, die englische Schuld an die Vereinigten Staaten zu tilgen“ — wußten wir, was die Stunde geschlagen hatte. Das Eintreten für eine Pauschalsumme, die sofortige Mobilisierung der Forderungen in Effektenform, die Desavouierung des Foreign Office und das Zurückdrängen des Seydoux-Plans ist nicht durch Gegnerschaft gegen Frankreich oder durch Rücksicht auf die Wirtschaftslage Mitteleuropas bestimmt (wie könnte die englische Delegation sonst auch mit dem Resultat der Verhandlungen einverstanden sein?), sondern durch die Aussicht auf eine Abschüttelung des amerikanischen Schuldenjoches. In dem Augenblick, wo dieses Joch nicht mehr besteht, werden seine Interessen ihm eine andere Politik vorschreiben.

Es ist nicht anders mit Frankreich. Wenn die Zeitungsberichte verlässlich sind, so hat Briand selbst eine schon sehr hoch bemessene Summe der deutschen Schuld zurückgewiesen, weil sie angesichts der französischen Schuld an Amerika (wir müssen hinzufügen: und an England, das nicht viel weniger

als die Vereinigten Staaten von seinem kontinentalen Vorkämpfer fordert) nicht als ausreichend angesehen werden könne. Wie kann man hoffen, daß Seydoux und die ihm nahestehenden Interessenten den Widerstand der Generalität brechen können, so lange diese auf die schzig Milliarden französische Auslandsverschuldung hinweisen können?

Es werden aus den Vereinigten Staaten Urteile von Zeitungen und von Bankleuten gemeldet, die die Pariser Forderungen als unerfüllbar bezeichnen. Die Vernunft, die aus diesen Äußerungen spricht, wird indessen nicht gehört werden, solange die Vereinigten Staaten sich der Illusion hingeben, sie könnten den europäischen Hexenkessel sich selbst überlassen — der doch nicht zur Ruhe kommen wird, bis die Frage der europäischen Schuldknechtschaft geregelt ist. Nach dem Schluß der Konferenz hat Lloyd George (nach einer Havas-Meldung vom 30. Jan.) zum ersten Mal mit großer Offenheit auf dies Kardinalproblem aller gegenwärtigen Politik hingewiesen: „Sollte Amerika sich von den Besprechungen weiter fernhalten, so würde uns keine Schuld drücken. Wenn mein Gläubiger mich nicht drängt, so werde ich meinerseits auch meinen Gläubiger nicht drängen.“

Wird man in den Vereinigten Staaten diese Geste verstehen? Wird man einsehen, daß hier die Möglichkeit gegeben ist (die letzte), das Unrecht wieder gut zu machen, das ihre Vertreter in Versailles begangen haben, indem sie gegen den Bruch des Lansing-Abkommens nicht feierlich vor aller Welt Verwahrung eingelegt und mit ihren großen wirtschaftlichen Machtmitteln eine Politik verhindert haben, die sowohl die Alte Welt wie die Neue in den Abgrund treibt?

Kurt Singer

## Die deutschen Eisenbahn-Unternehmungen in der Türkei nach dem Frieden von Sèvres I

In der Tagespresse ist neuerdings viel die Rede von einer Änderung des türkischen Friedensvertrages von Sèvres. Wenn wir an sich auch überzeugt sind, daß eine solche Änderung unausbleiblich ist, so ist dennoch kaum anzunehmen, die Entente werde wirtschaftlichen Erwägungen soweit Gehör geben, daß sie auch diejenigen Bestimmungen, die sich auf das Eigentum deutscher und neutraler Staatsangehöriger beziehen — in erster Linie kommen hierbei die deutschen Eisenbahnunternehmungen in Frage —, einer durchgreifenden Überprüfung unterzieht. Allzulange sind diese Bestimmungen bereits bekannt, der Widerspruch von neutraler Seite so schwach, daß die Entente nach allem nur darin eine Ermunterung für ihr bisheriges Vorgehen erblicken kann.

Unter den sogenannten deutschen Eisenbahnunternehmungen versteht man gemeinhin die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft und die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft.

Dazu ist noch zu rechnen: die kurze Strecke der Mersina-Tarsus-Adana-Eisenbahn-Gesellschaft und schließlich auch der Geleiskopf des Systems am Bosphorus, die Haidar-Pascha-Hafen-Gesellschaft mit einigen hundert Metern Kai- und Anschlußgeleisen.

Alle vier Gesellschaften sind juristische Personen türkischen Rechts.

Wenn man diese Unternehmungen als „deutsche“ bezeichnet, so ist gemeinhin bekannt, daß damit nicht gesagt sein soll, die gesamten Kapitalien oder nur eine Mehrheit befänden sich in deutschen Händen. Bekannt sind ja gerade die Bestrebungen der Deutschen Bank, das Bagdadunternehmen auf eine breite westeuropäische Basis zu stellen, um ihm so den Charakter einer vorzugsweise politischen Bahn zu nehmen, Bestrebungen, die bekanntlich teilweise von Erfolg gekrönt waren. Bekannt ist vor allem die sehr starke Beteiligung österreichischen und schweizerischen Kapitals und insbesondere schweizerischer Intelligenz an den Bahnen und ihren Bauten, die finanztechnisch dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Aktienmehrheiten der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, der Mersina-Tarsus-Adana-Eisenbahn-Gesellschaft und der Haidar-Pascha-Hafen-Gesellschaft sich vermutlich in Händen schweizerischer Untertanen, in und durch Vermittlung der Bank für orientalische Eisenbahnen, befindet: einer „Holding Company“, die daneben auch Aktienmehrheiten gewisser Balkanbahnen besaß. Dieser Umstand ist umso bemerkenswerter, als die Aktien der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft internationales Börsenpapier sind, ein großer Bruchteil des Besitzes sich also in nicht kontrollierbaren Händen befindet. Anders bei der Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft, deren Kapital sich allerdings in seiner Mehrheit wahrscheinlich in deutschem Besitze befinden dürfte. Aber gerade bei der Konstruktion dieser Gesellschaft,